

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 170.

Montag, den 23. Juli 1917.

24. Jahrg.

Nach dem Sturm.

Der Reichstag hat die neuen 15 Milliarden Kriegskredite bewilligt und ist dann bis zum 26. September in die Ferien gegangen. Die Fraktionsführer, welche die interfraktionellen Beratungen der Reichstagsmehrheit fortsetzen und auch mit der Regierung weiter verhandeln, der Haushaltsausschuß und der Verfassungsausschuß, die an jedem Tag zusammenberufen werden können, werden während dieser Ferien darüber wachen, daß die Geschäfte im Sinne der Volksmehrheit geführt werden.

Der neue Kanzler wird während dieser Pause sein Ministerium bilden müssen. Eine Entscheidung darüber, welche Minister gehen und bleiben, ist offenbar noch nicht getroffen — wie der „Berliner Lokalanzeiger“ versichert, will Dr. Michaelis erst darüber mit den Parteivorständen verhandeln, um möglichst Parteivertreter für einige Ämter zu gewinnen. Die Kandidaturen von Hingke und Dr. Helfferich für das Staatssekretariat des Auswärtigen können als erledigt betrachtet werden. Herr Helfferich will man freilich auf jeden Fall in einem hohen Reichsamt festhalten, weil man ihn für die Friedensverhandlungen und die dabei so wichtigen Wirtschaftsfragen zu gebrauchen gedenkt. Auch das ist ein Stück der sonderbaren politischen Logik in Deutschland, an die man sich erst gewöhnen muß: Bethmann muß gehen, weil er angeblich ein Hindernis für den Frieden ist, und Helfferich muß bleiben, weil er dafür unentbehrlich ist. Aber vielleicht hält Michaelis diesen Ausbund von reaktionärer Gesinnung und parlamentarischer Ungeschicklichkeit, weil er die innere Einheit des deutschen Volkes glanzvoll wieder hergestellt hat: als bekannt wurde, daß Helfferich Staatssekretär des Auswärtigen werden sollte, erklärten die altdeutschen und die sozialistischen Blätter mit gleicher Schärfe ihn für den denkbar ungeeignetsten Mann!

Der neue Kanzler hat sich dem Volke vorgestellt, und das übereinstimmende Urteil über ihn lautet: Bethmann Nr. 2. Die rechtsstehende Presse sucht zwar in der Rede von Dr. Michaelis nach Befundungen der Kraft und des Führerwillens, die Bethmann angeblich hat vermissen lassen, aber das ist sehr gekünstelt; sie kann nur nicht sagen, daß Michaelis politisch ungefähr dasselbe wie Bethmann ist, weil sie ja dann die Sinnlosigkeit ihrer Kanzlerstürzerei eingestehen müßte. Dabei ist es unzweifelhaft, daß Michaelis Bethmann nicht ersetzen kann. Der frühere Reichskanzler hatte die tiefere und umfassendere Bildung, den weiteren Blick und die achtjährige Amtserfahrung als Kanzler vor ihm voraus. Immerhin darf man in Deutschlands Interesse hoffen, daß der Kanzlererfahrene noch nicht der schlechteste ist.

Drei Hauptfragen standen im Mittelpunkt des Kampfes, das gleiche Wahlrecht in Preußen, die Parlamentarisierung der Regierung und die Friedensfrage. Die Wahlrechtsfrage ist einstweilen erledigt. Die Regierung wird das Gesetz über die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ausarbeiten und wohl zweifelsohne im Herbst dem Landtag vorlegen. Dann muß das Volk auf dem Posten sein und den nötigen Druck ausüben, daß es nicht etwa verschleppt oder verschlechtert wird.

Die Parlamentarisierung der Regierung scheitert einstweilen am Widerstand der Einzelstaaten. Über weniger schuldig sind daran die Regierungen als die Parteien. Zentrum und Nationalliberale haben noch immer nicht begriffen, daß sie Bürde und Ehre der verantwortlichen Führung der Staatsgeschäfte voll übernehmen müssen. Aufzwingen kann man es einem Parlament nicht, daß es regiert; die Macht dazu muß es sich selber nehmen und hat es auch in Deutschland, sobald es ernsthaft will. Die Zukunft wird die Mittelparteien in diesen Fragen auf den Standpunkt der Sozialdemokratie zwingen, genau wie das in der Friedensfrage geschehen ist.

Die Friedensentscheidung des Reichstages nimmt die Formel des Arbeiter- und Soldatenrats, das Friedensprogramm der Sozialdemokratie, als Grundlage der Friedensverhandlungen an. Die Regierung und die Heeresleitung haben sich damit abgefunden. Unabhängige Sozialdemokraten und Anexionisten vom unabhängigen Ausschuss suchen den Eindruck zu erwecken, als ob darüber noch Unklarheit bestünde. Im Schädel dieser Herren wird es wohl nie klar werden, aber über den Standpunkt der Reichstagsmehrheit

ist vernünftigerweise nicht der leiseste Zweifel erlaubt. Wenn ein Beschluß angenommen wird, der besagt: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker, mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar“ — welcher vernünftige Mensch kann dann noch zweifeln, was die deutsche Volksvertretung will. Selbst der sehr kritische Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ gesteht: „Die Resolution ist klar, und indem Herr Michaelis seine Ziele dem „Kahmen“ dieser Erklärung anpaßte, hat er sich unwiderrufbar auf den Standpunkt der Annektionen gestellt.“ Freilich eine Möglichkeit, seinen Willen so auszudrücken, daß er nicht mißdeutet werden kann, besteht bekanntlich überhaupt nicht — einen Schutz gegen Mißverständnisse hat noch niemand erfunden. Wäre der Beschluß des Reichstages zweideutig, würden dann die Annektionisten so toben?

Die Eroberungspolitiker brüllten aber vor der Abstimmung

gegen den „Schmachfrieden“ und beschimpfen nach ihrer Meinung den Reichstag wie toll. Die „Tägliche Rundschau“ bezogt ihm, daß auch er in Deutschland nicht werde verderben können, selbst nicht durch solche schwarzen Tage, die „Berliner Neuesten Nachrichten“ erklären, daß er „ein ziemlich trauriges Bild“ geboten habe, und die „Deutsche Zeitung“ sagt vorher, ein Hohngelächter der Hölle werde losbrechen über dieses schwächende Geschlecht, das ein ragendes Zeichen seines politischen Unverstandes aufgerichtet habe. Wenn jene schon so schimpfen, dann war die Tat des Reichstages sicher deutlich und gut.

In der Friedens- und Wahlrechtsfrage ist der Regierung das Programm vorgezeichnet, in Sachen der Parlamentarisierung muß sie den richtigen Weg noch selber suchen, da der Reichstag ihn bisher nicht gefunden hat. Der neue Reichskanzler wird zu zeigen haben, welche Geschicklichkeit und Tatkraft er bei Durchführung dieses Programms einzusetzen vermag.

Kerenski russischer Ministerpräsident.

Nach einer Neutermeldung aus Petersburg meldet die „Börsezeitung“, daß der Ministerpräsident Zwow zurückgetreten ist. Kerenski wurde zum Ministerpräsidenten ernannt und bleibt vorläufig auch Kriegsminister. Teretelli wurde Minister des Innern und bleibt gleichzeitig Minister für Post und Telegraphie. Nekrasow wurde provisorisch zum Justizminister ernannt.

Vor einigen Tagen war in einem englischen Blatt zu lesen, daß Kerenski der einzige Mann sei, der Rußland noch retten könne. Nun ist der, den verschiedene Zeitungen schon vor Monaten als einen unmittelbar dem Tode geweihten Mann bezeichneten, auf den verantwortungsvollsten Posten gelangt, den es heute in Rußland gibt. Wird er nun wirklich sein Vaterland retten können?

Im allgemeinen standen wir deutschen Sozialdemokraten dem Kerenski der russischen Revolution äußerst sympathisch gegenüber. Erhofften wir doch von seinen Werken, daß er der Welt den Frieden bringen würde. Es ist anders gekommen: nicht den Frieden hat er uns gebracht, sondern die Fortdauer und ein Neuanfassen dieses fürstlichen Gemehls an der Ostfront. Selbst wenn man zugibt, daß Kerenski auch nur als ein Produkt der gegenwärtig in Rußland herrschenden Verhältnisse und insbesondere mit Rücksicht auf die Verbündeten so handeln mußte, so kann man doch mit dem besten Willen nicht verstehen, daß ein neues Hineinheben russischer Soldaten in den fahnen Tod, eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen in ungemein verstärkter Form uns dem Frieden näher bringen soll. Insbesondere, wenn man weiß, daß von deutscher Seite wiederholt die Hand zum Frieden und zur Einstellung der Feindseligkeiten geboten worden ist. Wir können also bei dieser Sachlage und bei objektiver Würdigung der ganzen Verhältnisse dem neuen russischen Ministerpräsidenten keine Sympathien entgegenbringen.

In wesentlich anderem Sinne beurteilt der „Vorwärts“ die Stellung und das Verhalten Kerenskis. Unser Zentralorgan schreibt u. a.: „Kerenski ist keiner von den Kriegsherrn, wie sie in allen Ländern, Deutschland nicht ausgenommen, zu Dutzenden auf der Straße herumlaufen, er erscheint als Vertreter einer Politik, die auf dem Weg über eine letzte kriegerische Anspannung den Frieden sucht und der man eine gewisse großzügige Folgerichtigkeit nicht absprechen kann. Die Träger der Märzrevolution, sozialistische Menschewiki und Trudowiki, haben von vornherein erklärt, daß sie den Frieden wollen, aber nicht den Sonderfrieden, der dem deutschen Imperialismus freien Weg nach Westen gibt, sondern den allgemeinen Frieden, der die Vergewaltigung eines einzelnen Volkes ausschließt und jedem sein Selbstbestimmungsrecht zurückgibt. Da sie den Bund der Entente nicht verlassen wollten, mußte ihre Politik darauf gerichtet sein, auf die Bundesgenossen einen Druck auszuüben, der sie zur Annahme des revolutionären Friedensprogramms bewog. Einen solchen Druck konnte aber ein durch Zerrissenheit ohnmächtiges, rettungslos geschlagenes, immer tiefer in die Anarchie versinkendes Rußland nicht ausüben, sondern nur ein militärisch starkes Rußland. Dieses Rußland, das auf dem Schlachtfeld seine Pflichten erfüllte, konnte dann auch am Konferenztisch der Alliierten seine Forderungen anmelden. Und darum wurde der einstige Deputierte des Friedens, Kerenski, zum Minister der Offensive. Nach kurzen Anfangserfolgen scheint sich nun diese Offensive als ein Unternehmen zu erweisen, das über die Kraft ging. Nicht nur, weil die Zerrüttung des Heeres durch das parische Regime und die vorangegangenen

Kriegsereignisse schon zu weit vorgeritten war, sondern auch, weil die inneren Schwierigkeiten wuchsen, zumal die Friedensungebuld des Volkes die konsequente Politik der Regierung nicht verstand. Aus dieser Stimmung erwuchs die neue revolutionäre Bewegung, die Kerenski auf den Gipfel der Macht brachte: bis zu dem Punkt, wo nun steiler Wand der Abiturz droht. Es gibt Leute in Deutschland, die jeden Fortschritt der Anarchie in Rußland begrüßen. Die deutschen Sozialdemokraten gehören nicht zu ihnen. Sie haben die russische Revolution mit Begeisterung begrüßt und können nicht wünschen, daß sie sich kompromittiert. Aber auch vom Standpunkt der deutschen Friedenswünsche aus ist das Vergnügen an der zunehmenden Anarchisierung Rußlands ziemlich kurzfristig und kindisch. Ein zerrüttetes Rußland, das sich schlagen läßt wie man will, ist zwar militärisch eine ganz angenehme Sache, aber ein geordnetes, kräftiges Rußland, das aufrichtig einen raschen gerechten Frieden anstrebt, ist politisch viel wertvoller. Will Kerenski ein solches Rußland schaffen und kann er es — was hier zu leisten ist, übersteigt selbstverständlich weitaus die Kraft eines einzelnen Mannes —, dann kann er sich nicht nur um Rußland, sondern um die ganze Welt verdient machen. Es ist aber ein schwieriges Kunststück, zugleich Rußland von der Anarchie zu retten und zugleich zu verhindern, daß Rußland der Schindlapp des weltlichen Imperialismus ist. Die Politik, deren Träger Kerenski ist, ist von vollkommener logischer Konsequenz, aber vielleicht gerade darum zum Scheitern verurteilt, da die Weltgeschichte kein Rechenexempel ist und die Leidenschaften und Irrtümer der Menschen sich meist härter erweisen als ihre Vernunft und ihre Erkenntnisse. Zwischen der Charabdis der nationalistischen Hurrastrimmung und der Scylla eines zum Selbstzweck gewordenen Realisierungsstadiums feuert das Schiff des neuen Ministerpräsidenten auf schmalen Weg. Kerenski wird nur dann an der Macht bleiben, wenn seine nächste Offensive eine Offensive des Friedens sein wird. Es ist ein Zufall, doch kein unwichtig, daß er die Leitung in einem Augenblick übernimmt, in dem er auch in Deutschland eine stark veränderte Lage vorfindet. Das kann ihm Gelegenheit geben, auf Rußlands westliche Verbündete einen stärkeren Druck auszuüben zugunsten eines Friedens, über dessen Grundlinien zwischen den Völkern selbst keine ernstlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen.“

Wenn auch diese Darlegungen manches für sich zu haben scheinen, so können wir uns doch nicht mit ihnen einverstanden erklären. Es hätte nach unserer Auffassung andere Mittel und Wege, als die des erneuten Blutvergießens, gegeben, um die Verbündeten Rußlands zu einer vernunftgemäßen Revidierung ihrer Kriegsziele zu zwingen und sie zu Friedensverhandlungen geneigter als bisher zu machen. Doch hierüber wird wohl erst später das Nötige gesagt werden können.

Ueber die Gründe seines Rücktritts erklärte Fürst Zwow, im gegenwärtigen Augenblick nichts sagen zu können.

Kerenski will gegen die widerstrebenden Elemente mit Gewalt vorgehen. Die Petersburger Telegrafagentur meldet: Die einstweilige Regierung hat beschloffen, alle Truppenteile, die an dem bewaffneten Aufstand vom 16. bis 18. Juli in Petersburg und Umgebung teilgenommen haben, zu ihren Divisionen zurückzuführen.

Ferner hat die Regierung beschloffen, alle Organisationsaktionen, die an diesem bewaffneten Unternehmen gegen die Regierungsgewalt teilgenommen haben, und alle Personen, die dazu aufgerufen oder angeleitet haben, wegen

Verrats am Vaterlande und an der Revolution zu verhaften und vor Gericht zu stellen.

Uns scheint, daß der neue Ministerpräsident hier ein äußerst gefährliches Spiel treibt.

Wir verzeichnen weiter folgende Meldungen:

Forderungen der russischen Marine.

In diesen Tagen fand in Petersburg ein allrussischer Marine-Kongress statt, der von Bevollmächtigten des Baltischen, Schwarzen und des Schwarzen Meeres-Geschwaders veranlaßt wurde.

Die Zustände in Petersburg.

Aus Petersburg wird gemeldet: Lenin hat, augenblicklich wenigstens, Gelegenheit gehabt, zu entkommen.

Einberufung des Arbeiter- und Soldatenrats von ganz Rußland.

Aus Petersburg wird gemeldet: Nach Untersuchung der politischen Lage, die sich aus der Entlassung der Kabinettsminister ergibt, hat der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat eine Proklamation veröffentlicht.

Odesa.

„Kuffaja Slowo“ berichtet, daß Odesa vollkommen in der Gewalt revolutionärer Regimenter ist, die die durchmarschierenden Truppen an der Weiterfahrt zur Front verhindern und unter den Einwohnern Massenverhaftungen vornehmen.

Eine Schilderung der Vorgänge in Petersburg.

Die in Helsingfors erscheinende finnische Zeitung „Kauvan Ohta“ bringt folgende Schilderung der Petersburger Ereignisse: Bereits am Sonntag hatte in den Arbeiterquartieren die Agitation für die gewalttätige Begründung der Interimsregierung begonnen.

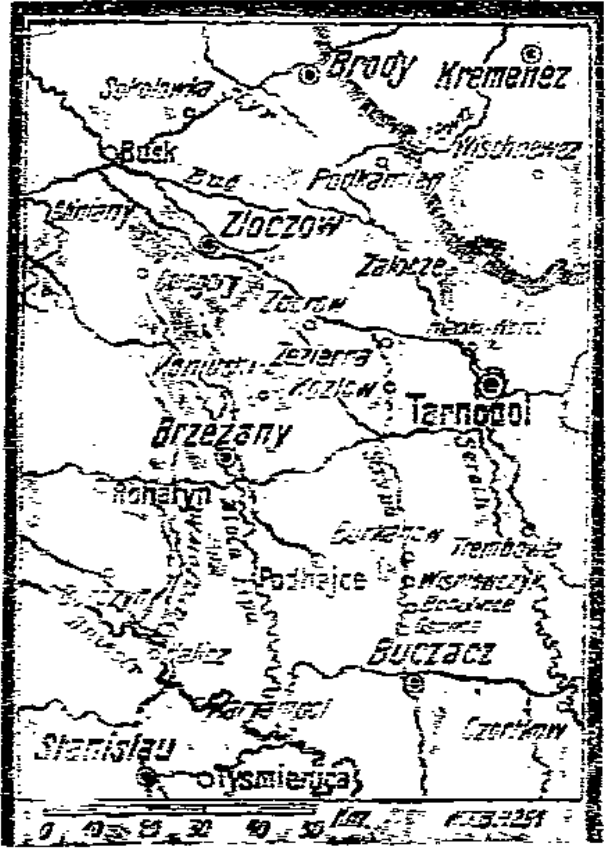
anlaßt wurde. Einen besonders blutigen Verlauf nahmen mehrere Zusammenstöße der Roten Garde mit Kosaken.

Der deutsche Vorstoß in Ostgalizien.

In Ostgalizien blieb am 20. Juli der Angriff der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen im Fluß. Die russische Front ist auf einer Breite von 40 Kilometern durchstoßen.

Am 21. Juli trieben unsere Truppen die geschlagenen Russen, wie an den Vortagen, in scharfer Verfolgung vor sich her.

Kriegsberichterstatter bestätigen, daß ähnlich wie bei dem großen russischen Rückzug im Jahre 1915 in Galizien und Polen, die russischen Truppen durch besondere Brandkommandos mit Brandgranaten alle Städte und Ortschaften in Brand legten.



Der gestrige deutsche Abendbericht legt über die Kämpfe im Osten.

Südlich von Smorgon sind starke Angriffe der Russen gescheitert. An begrenzten Einbruchstellen wird noch gekämpft.

Erzwungen durch unseren Angriffskoch am Sereth weicht die ganze russische Front von der Hots-Dipe bis hart an den Dnjepr.

Nach dem russischen Heeresbericht vom 20. Juli sind die Erfolge der Deutschen auf das Verlagen russischer Regimenter zurückzuführen. Er lautet: Nach harter Artillerievorbereitung griff der Feind mehrmals Truppen auf der Front Kenia-Gardien, 30 Werst südlich von Szob, an.

Stockholm.

Die französischen Sozialisten wünschen nach einer neueren Meldung eine weitere Hinanschiebung der Stockholmer Konferenz, da man in Paris und London über die Ziele dieser Konferenz noch im unklaren sei.

Die Kriegslage.

WZ. Großes Hauptquartier, 22. Juli. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Kampftätigkeit des Feindes war gestern geringer als in den Vortagen. Nur in einzelnen Abschnitten der ständischen Schlachtfrent war sie heute allgemein wieder gesteigert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Am Chemin des Dames waren bei Bray und Cerny Einsbrüche in die französischen Stellungen von vollem Erfolg.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Heeresgruppe des Generalobersten v. Boehm-Ermolli.

Bei Brzezany beginnt nunmehr auch die russische 7. Armee unter dem sich verstärkenden Druck auf ihre Flanke zu weichen.

Heeresgruppe des Generalobersten von Woytisch. Wer der Feuerkampf an Schtschura und Serwitsh lebhaft.

Heeresgruppe des Generalobersten von Eichhorn. Beginnenden Kämpfen beteiligt.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef. Außer der lebhaften Feuerfähigkeit in den Nordkarpathen und erfolgreichen Vorfeldgefechten zwischen Casnu- und Susita-Tal nichts Besonderes.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls von Madonen. noch keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front. Die Lage ist un verändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Wien, 21. Juli. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Novica südlich Kulusz hatten österreichisch-ungarische und deutsche Truppen ihre kürzlich erzielten Erfolge durch Eroberung einer weiteren Höhenstellung aus.

Die bei Yugoslawa, Tzierna, Nebenowco vorgehenden deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte haben diese Orte besetzt.

Wien, 22. Juli. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe in Ostgalizien reifen zu einem gewaltigen Schlag gegen die russischen Armeen aus. Gestern nachmittag stießen unsere Verbündeten bis an den Sereth-Bridentopf von Tarnopol vor.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz. Nichts von Belang zu melden.

Frankreich und Belgien.

Das Wiederauftreten Cailaux in der französischen Kammer wird von der Presse mit einigen Ausnahmen günstig aufgenommen.

Rußland.

Die Selbständigkeitsklärung Simlunds. Die Petersburger Telegraphenagentur teilt mit: Einer Nachricht aus Helsingfors zufolge wird der finnische Senat wegen des Landtagsbeschlusses über die Autonomie Finlands insgesamt ein Abschiedsgesuch einreichen.

